Von der Klassenpartei zur Volkspartei

Autor(en): **Kull, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 11

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339216

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Profil

Walter Kull

Von der Klassenpartei zur Volkspartei

Die politische Geographie der Schweiz weist eine typische Besonderheit auf: Währenddem die Linksparteien ihren Standort offen bekennen und überall deutlich manifestieren, sucht man vergeblich nach Gruppierungen auf der entgegengesetzten Seite, die sich selber offen als Rechtsparteien deklarieren. Sozusagen alle bürgerlichen Parteien geben vor, irgendwo in der Mitte zu stehen.

So behandelt die *Freisinnig-demokratische Partei* ihre Bindungen zu den finanzstarken Rechtskreisen sehr diskret und unterstreicht lieber, wie stark sie im Mittelstand – auch in den Angestellten- und Beamtenkreisen – verwurzelt sei. Auf ihren Wahllisten werden denn auch diese Gruppen stärker repräsentiert als es ihrem effektiven Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei entspricht.

Die ausgeprägt konservative «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» hat sich zur *«Schweizerischen Volkspartei»* umgetauft und posiert besonders eifrig als «Partei der Mitte». Ihre Basis – Gewerbetreibende und wohlhabende Landwirte – ist durch strukturelle Verschiebungen schmäler geworden; Ersatz wird bei den «mittelständischen» Arbeitnehmergruppen gesucht. – Gerade hier ist aber auch die *Christlich-demokratische Volkspartei* aktiver geworden. Sie bemüht sich, mit der «dynamischen Mitte» ein neues Image aufzubauen. Würde man nur von ihrem theoretischen Programm ausgehen, könnte man der CVP eine selbständige Position links der grossbürgerlichen Front zubilligen, doch lässt sie sich in der Praxis im Schlepptau der FDP/SVP immer mehr nach rechts ziehen.

Wer diese ganze «Mitte» dirigiert, lässt sich am deutlichsten in der Fiskalpolitik ablesen: die Anträge des Bundesrates zur Wehrsteuergestaltung so zu ändern, dass die Mammutverdiener weniger, dafür die Durchschnittseinkommen mehr belastet würden . . .

Nur am Rande sei hier vermerkt, dass die *«offiziellen»* Mittelparteien, wie *Landesring, Evangelische Volkspartei* und Teile der *«Nationalen Aktion»* ihre Stimmkraft fast ausschliesslich aus dem breiten Potential des Mittelstandes rekrutieren. Obwohl sich diese Gruppen in Einzelfragen vom Bürgerblock unterscheiden, neigen sie doch bei grundsätzlichen Entscheidungen deutlich nach rechts.

Dieses Gedränge all der gross- und kleinbürgerlichen Parteien um die «*politische Mitte*» wird erst recht verständlich, wenn wir die starke und weiter zunehmende Bedeutung der wirtschaftlich und sozial in der Mitte klassierten Bevölkerungsgruppen betrachten:

	*Stadt Zürich**					
	Selbständig Erwerbende		*Angestellte*		*Arbeiter*	
1950	(1) 24 534		66 085		78 756	
	(2) 26 771	51 305	59 707	125 792	62 056	140 812
1960	(1) 21 547		80 855		73 232	
	(2) 22 460	44 007	69 227	150 082	58 612	131 845
1970	(1) 14 975		96 994		52 793	
	(2) 13 829	28 804	63 662	160 565	24 669	77 462

* Schweizerische Wohnbevölkerung,
(1) Berufstätige, (2) Familienangehörige

So ist es nicht erstaunlich, dass als unbestrittene und offene *Exponenten des rechten Flügels* nur kleine Splitterparteien übrig bleiben – wie etwa Liberalkonservative und Schwarzenbach-Republikaner –, aber auch einflussreiche «elitäre» reaktionäre Zirkel, wie Trumpf Buur, Redressement National, Ligue Vaudoise. Sie deklarieren sich als «parteipolitisch unabhängig» und spielen ihre eigene Macht weniger durch direkte Wahlbeteiligung aus, als vielmehr hinter den Kulissen des Bürgerblocks. Ein typisches Opfer dieser «Lobby» war das Raumplanungsgesetz.

Ist somit die Legitimation der bürgerlichen Parteien für die Interessenwahrung der breiten Mittelschichten durch ihre offensichtliche Rechtslastigkeit in Frage gestellt, so ist das unbefriedigende Verhältnis der *Sozialdemokratischen Partei* zu dieser vielfältigen Bevölkerungsgruppe um so mehr zu bedauern. Wohl verfügen wir auch hier über ein beachtliches, jedoch zu eng begrenztes und deshalb nicht optimal erschlossenes Wählerpotential. Unser Einflussbereich beschränkt sich weitgehend auf das *öffentliche Personal*. In diesem Gebiete ist es gelungen, viele überholte, meist psychologisch bedingte Schranken zwischen «oben» und «unten», aber auch im Verhältnis der verschiedenen Berufsgruppen untereinander abzubauen. So führte die Solidarität auch in der Gewerkschaft zum Erfolg!

Diese erfreuliche Entwicklung darf jedoch nicht über die noch viel zu geringe Ausstrahlung der Sozialdemokratie auf die zahlreichen *kaufmännischen und technischen Angestellten in der Privatwirtschaft* hinwegtäuschen. Bei diesen Arbeitnehmergruppen kann – besonders in mittleren Kaderpositionen – trotz schwerwiegenden Folgen der Rezession von einer natürlichen Verbundenheit mit der Arbeiterschaft nicht die Rede sein, geschweige denn von einem Klassenbewusstsein. Ihr «gesellschaftliches

Sein» und eine individualistische Denkweise hindert sie, die Sozialdemokraten als die eigentlichen Verfechter ihrer eigenen Anliegen zu anerkennen. Angesichts der wachsenden Konzentration in der Wirtschaft bestehen jedoch, im technischen Zeitalter, keine unüberbrückbaren Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Angestellten mehr.

Warum ist den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik, in Österreich, Frankreich und den skandinavischen Staaten viel besser gelungen als in der Schweiz, die Mittelschichten den traditionellen bürgerlichen Einflüssen zu entziehen und für sich zu gewinnen? Wobei hervorzuheben ist, dass dieser Zuwachs nicht mit dem Verlust von Arbeiterstimmen an weiter links stehende Gruppierungen erkauft werden musste, sondern eine echte Verstärkung – bis zur Regierungsbildung – einbrachte. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel; sie lassen aber Schlüsse zu, die auch für uns von Bedeutung sind. Beispielsweise in München, wo die SPD innerlich zerstritten ist und man sich stark auf orthodoxe Parolen eingeschossen hat, sind viele «Randwähler» zur Rechten zurückgekehrt. Hier ging die Stimmenmehrheit verloren, ohne dass irgendwelche Linksgruppen profitiert hätten.

Auch bei uns besteht *links von der SP keine «Marktlücke»*. Wer eine extreme Linkspolitik fordert, hat von der PdA über die POCH bis zu den ganz Revolutionären verschiedene Wahlmöglichkeiten. Der Zustrom zu den links der SP angesiedelten Parteien ist indessen äusserst gering. In diesem Bereich die Werbetrommel zu rühren besteht für die SP kein Anlass.

«Die Facharbeiter haben bei den Wahlen die grösste Stabilität bewiesen. Dabei hat sich die Partei unfähig gezeigt, auf die differenzierten Schichten von Angestellten und ihre unterschiedlichen Ansprüche zu reagieren. Ausserdem sind der selbständige Mittelstand und die freien Berufe vernachlässigt worden . . .» Der dies ausspricht, ist kein Kritiker der schweizerischen Sozialdemokraten, sondern Bundeskanzler Helmut Schmidt – Exponent einer Partei, die trotz noch vorhandener Mängel aus eigener Kraft immerhin 42,6 % aller Wählerstimmen mobilisiert hat, ein Ergebnis, von dem wir kaum zu träumen wagen!

Es ist für uns ein dringendes Gebot der Stunde, eine *aktivere Politik zur Gewinnung der Mittelschichten* einzuleiten. Auch wenn keine sofortigen Wunder zu erwarten sind, gilt es doch, längerfristig die Vorherrschaft des Bürgerblocks zu überwinden. Die Zeit arbeitet nur für uns, wenn wir sie nutzen. «Wer die Mitte abschreckt, verliert» hiess es in deutschen Wahlkommentaren; das gilt auch für uns! Es muss deutlicher werden, dass der demokratische Sozialismus nichts mit «Diktatur des Proletariats» und dem Zwangsregime «sozialistischer» Staaten zu tun hat. Für uns bedeutet *Sozialismus mehr Freiheit,* als es jede andere Regierungsform zu gewährleisten vermag, auch die bei uns bestehende bürgerliche Sonntagsdemokratie.

Um verstanden zu werden, müssen wir endlich überall den überholten *Politjargon der Vorkriegszeit* abstreifen und unsere Sprache vom elitären «Stil der Chefideologen» befreien. So erkennt auch der Kollege am Schreibtisch – früher Stehkragenproletarier genannt –, dass die Sozialdemokraten für ihn und nicht gegen ihn Politik machen. Und dass zu seinen individuellen Freiheitsrechten auch die Freiheit von Not gehört, die ihm die «Rechten» vorenthalten. – Verzichten wir darum auf ein «tun als ob», auf revolutionär klingende Tiraden, die uns ohnehin niemand recht glaubt. Bekennen und aktivieren wir uns als echte Reformer, die mit Zielstrebigkeit und Geduld den mühsamen, längeren schweizerischen Weg beschreiten. Utopien sind als Wegweiser für die Zukunft erwünscht; in der Tagespolitik wirkt sich das Wunschdenken jedoch verhängnisvoll aus. Indem wir eine realistische Politik betreiben, gewinnen wir das Vertrauen der Mittelschichten. Wer dies als «Zurückbuchstabieren» empfindet, soll einmal bei der ausgezeichnet geführten Kommunistischen Partei Italiens in die Lehre gehen, die gerade auch bei den Mittelschichten mit ihrer realistischen und von starren Dogmen befreiten Politik grössere Erfolge errungen hat als (leider) unsere eigenen Parteifreunde.

Begnügen wir uns nicht, die SP als echte Volkspartei zu *proklamieren* und die Angestellten nur zur Wahlhilfe aufzurufen! Die Aufgabe besteht heute darin, diese moderne, breit gefächerte offensive Linkspartei zu *verwirklichen,* indem wir für eine unserer Bevölkerungsstruktur entsprechende Politik besorgt sind und unsere Türen auch für die Mittelschichten weiter öffnen.

Als ich Parteivorsitzender wurde, hab' ich in Hunderten von Konferenzen der Partei vertreten, dass wir uns mehr kümmern müssen um die Angestellten, weil die Angestellten auf Grund der Entwicklung an Zahl zunehmen.

Ich sehe mir vor allen grossen Entscheidungen die Produktionsverhältnisse an, die augenblickliche Situation der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, mache sozusagen eine Momentaufnahme: Die Zahl der Industriearbeiter geht zurück, und die Zahl der Angestellten nimmt zu.

Wenn dieser Tage die Angestelltengewerkschaft ihr 300 000. Mitglied feiert, ist das ein gigantischer Erfolg, vor allem, wenn man weiss, wie viele Hunderttausende Angestellte es jetzt gibt.

Bruno Kreisky im Gespräch mit Günther Nenning